

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **283 (2004)**

PDF erstellt am: **20.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-377251>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Nie zuvor hat eine Nation über grössere Machtmittel verfügt als die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Bipolarität des Kalten Krieges ist eine Weltordnung gefolgt, die auf der Vormacht der Vereinigten Staaten von Amerika gründet. Nicht erst seit dem Terrorangriff des 11. September 2001, aber verstärkt seit diesem Ereignis, betreiben die USA eine imperiale, an ihren nationalen Interessen orientierte Aussenpolitik. Der Krieg, den die

Regierung Bush gegen das Regime Saddam Husseins entfesselte, erreichte zwar sein unmittelbares Ziel, den Sturz der Machtclique in Bagdad. Und er sorgte für Bewegung im jahrelang festgefahrenen Ringen um eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern. Die Neigung zu Alleingängen ohne Absprache mit andern Staaten erklärt jedoch viel von dem erbitterten Widerstand, der den USA im Zusammenhang mit

dem Irak-Konflikt weltweit entgegenschlug.

Krieg als legitimes Mittel?

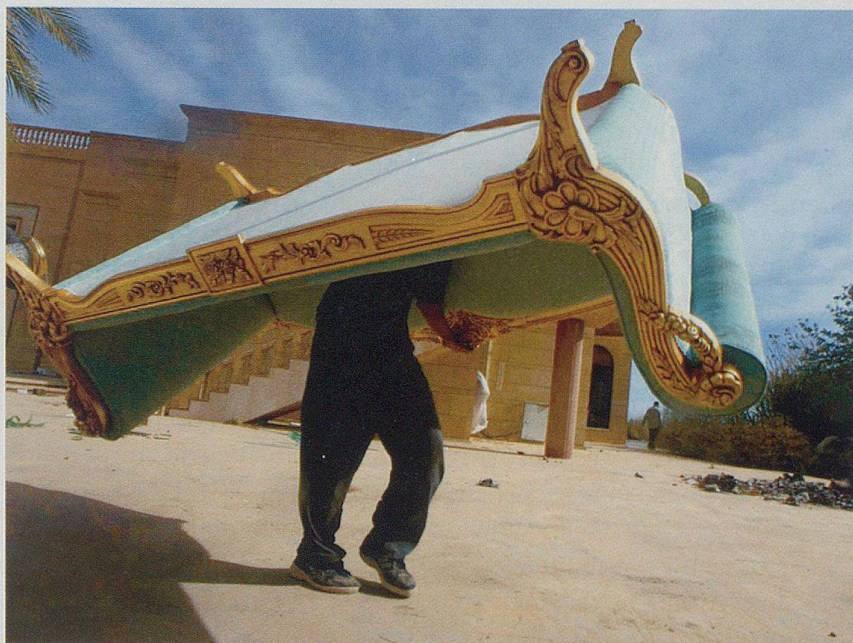
Jahrhundertlang hatten Kriege als legitimes Mittel der Auseinandersetzung zwischen Völkern oder Nationen gegolten. Erst seit dem 19. Jahrhundert gab es aktive Bemühungen, Kriege durch völkerrechtliche Abkommen zu vermeiden. Die grausamen Folgen des Ersten Weltkrieges lies-



Nur drei Wochen nach dem Beginn des Irak-Krieges dringen amerikanische Truppen ins Zentrum von Bagdad vor. Der Sturz des Regimes Saddam Husseins wird am 9. April durch die Schleifung von Statuen des Diktators symbolisch besiegelt.

sen die Überzeugung reifen, dass Angriffskriege geächtet werden sollten. Mit der Gründung der UNO durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wurde eine Weltorganisation ins Leben gerufen, die als Bündnis der «friedliebenden Staaten» gegen Aggressoren fungieren sollte. Nach der UNO-Charta (Artikel 2 und Artikel 51) sollten Kriege nur noch zulässig sein, um individuelle oder kollektive Selbstverteidigung auszuüben oder – als militärische Sanktion des Sicherheitsrates – den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wieder herzustellen. Problematisch an dieser Ordnung ist freilich, dass die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland und China, Beschlüsse des Sicherheitsrates mit einem Veto blockieren können. Entscheide über Krieg und Frieden hängen damit von Staaten ab, deren moralische Autorität kaum über alle Zweifel erhaben ist.

Ob das Recht zur Selbstverteidigung auch präventive Aktionen umfasst, ist unter Völkerrechtlern umstritten. Seit dem 11. September 2001 liessen die USA keinen Zweifel, dass sie dieses Recht extensiv interpretierten und sich gegebenenfalls auch über den Willen der UNO und damit über klassisches Völkerrecht hinwegzusetzen gedachten. Für den Feldzug gegen das Taliban-Regime in Afghanistan hatten sich die USA noch der Rückendeckung durch den Si-



Bilder: Keystone

Nach der Eroberung von Bagdad und anderer irakischer Städte bricht die öffentliche Ordnung weitgehend zusammen. Zahlreiche Geschäfte, Spitäler und öffentliche Gebäude werden geplündert. Aus dem Nationalmuseum in Bagdad verschwinden unschätzbare Fundgegenstände.

cherheitsrat versichert. Mit dem Krieg im Irak beschritt Washington jedoch einen Weg, der Befürchtungen über eine neuerliche Legitimierung des Krieges zur Durchsetzung nationaler Interessen weckte.

Der Sturz Saddam Husseins

In seiner «Botschaft zur Lage der Nation» von Ende Januar 2002 hatte Präsident Bush den Irak als Teil einer «Achse des Bösen» ins Visier genommen (zusammen mit Iran und Nordkorea). Das Regime Saddam Husseins hatte 1998 die Waffeninspektoren, die sich aufgrund verbindlicher UNO-Resolutionen im Irak befanden, des Landes verwiesen. Auf wachsenden Druck der USA

erklärte sich die irakische Führung im September 2002 bereit, die UNO-Waffeninspektoren ohne Vorbedingung ins Land zurückkehren zu lassen. Am 8. November verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1441. Darin wurde der Irak aufgefordert, detaillierte Informationen über seine Waffenprogramme zur Verfügung zu stellen, ausserdem den UNO-Waffeninspektoren ungehinderten Zugang zu allen Lagern und Produktionsstätten atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen zu gewähren. Bei mangelhafter Kooperation drohte die Resolution dem Irak mit «ernsten Konsequenzen». Bagdad kam den UNO-Forderungen freilich weiterhin nur teil-

weise nach. Die USA, unterstützt von Grossbritannien, verlegten umfangreiche Truppenkontingente in die Golfregion und bereiteten immer offensichtlicher einen Krieg vor. Als vorrangiges Ziel galt den USA nicht mehr ausschliesslich – wie in den einschlägigen UNO-Resolutionen gefordert – die Entwaffnung, sondern der Sturz des Saddam-Regimes. Im UNO-Sicherheitsrat fand der amerikanisch-britische Kurs jedoch keine Mehrheit. Insbesondere Deutschland sowie die Vetomächte Frankreich und Russland lehnten es ab, einer Resolution zuzustimmen, die Krieg gegen den Irak ausdrücklich legitimierte.

Am 17. März stellten Bush und der britische Premier Tony Blair Hussein ultimativ vor die Alternative, binnen 48 Stunden freiwillig das Land zu verlassen oder seinen Sturz in Kauf zu nehmen. Kurz nach Ablauf des Ultimatums, am 20. März, begannen die USA und Grossbritannien, die unterdessen 250 000 Soldaten in der Golfregion stationiert hatten, mit Bombenangriffen auf ausgewählte Ziele in Bagdad. Die überraschende Strategie der Alliierten, nach einer kurzen Phase der Bombardierungen («Shock and Awe») rasch mit gepanzerten Fahrzeugen durch die südirakische Wüste vorzustossen, führte binnen weniger als vier Wochen zum vollständigen Zusammenbruch des Saddam-Regimes. Am 9. April 2003 eroberten US-Truppen das Zentrum von Bagdad. Britische

Truppen nahmen die südirakische Hafenstadt Basra ein. Begleitet wurde der Fall des Regimes vom Jubel von Teilen der Bevölkerung, aber auch, da vorübergehend jegliche Ordnungsmacht fehlte, von Plünderungen. Betroffen waren nicht nur Einrichtungen des alten Regimes und der Baath-Partei, sondern auch Krankenhäuser, Universitäten sowie das Irakische Nationalmuseum in Bagdad, dessen unschätzbar wertvolle Sammlung grossenteils abhanden kam. Am 10. und 11. April nahmen kurdische Truppen, unterstützt von US-Einheiten, Kirkuk und Mosul ein. Damit waren nach den Ölfeldern im Süden auch die beiden wichtigsten Ölstädte im Norden unter alliierter Kontrolle. Zuletzt eroberten US-Truppen Tikrit, die Heimatstadt und Hochburg Saddam Husseins. Von Saddam selbst fehlte jedoch jede Spur – ebenso von den angeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen, die von den USA als offizieller Kriegsgrund ins Feld geführt worden waren.

Der Weg zu einer stabilen Nachkriegsordnung und zum Wiederaufbau Iraks blieb steinig: Bewaffnete Überfälle machten der Besatzungsmacht zu schaffen, während sich die Bildung einer breit abgestützten, demokratisch legitimierten Regierung verzögerte. Insbesondere die von Saddam Hussein schwer unterdrückte schiitische Glaubensgemeinschaft pochte auf eine angemessene Beteiligung an der Macht.

Tiefe Risse

Auf Veranlassung Washingtons hob der UNO-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Irak auf; Diese Resolution gestand den USA und Grossbritannien die Hauptverantwortung, der UNO dagegen lediglich eine Nebenrolle für den Wiederaufbau Iraks zu. Mit diesem Kompromiss konnte ein Teil der tiefen Gräben zugeschüttet werden, die der Krieg zwischen den USA und einzelnen ihrer europäischen Verbündeten aufgerissen hatte. Frankreich, Deutschland und Russland hatten sich dem Krieg bis zuletzt widersetzt, während Spanien, Italien sowie osteuropäische Länder wie Polen, Ungarn und Tschechien das amerikanisch-britische Vorgehen unterstützten. Die Beziehungen zwischen London und Paris, aber auch zwischen Washington und Berlin kühlten sich auf nie gekannte Tiefpunkte ab. Unwillen erntete Frankreichs Präsident Jacques Chirac, als er die osteuropäischen EU-Kandidatenländer wegen ihrer Sympathien für die USA abkanzelte. In Deutschland sicherte sich die rot-grüne Regierungskoalition mit ihrer kategorischen Opposition zwar die Wiederwahl in der Bundestagswahl vom 22. September 2002, handelte sich dafür aber eine nachhaltige transatlantische Verstimmung ein.

Während die Proteste in Asien, Afrika und selbst in der islamischen Welt eher gedämpft waren, gingen in Westeuropa hun-



Bilder: Keystone

190 mehrheitlich junge Menschen sterben am 12. Oktober beim Anschlag auf zwei Diskotheken auf der Ferieninsel Bali in Indonesien.

derttausende vorwiegend junger Menschen auf die Strasse, um gegen den Krieg im Irak zu demonstrieren. Weit herum verbreitete sich eine beispiellos amerikafeindliche Stimmung, die wenig vom historischen Fundament erkennen liess, welches Westeuropa während fünfzig Jahren Sicherheit gewährleistet hatte. Wohl hatten Washington und London sich nach Meinung der meisten Experten über das Völkerrecht hinweggesetzt, und auch die Tatsache, dass im Irak keine Massenvernichtungswaf-

fen gefunden wurden, schien den Kritikern Recht zu geben. Sie übersahen jedoch, dass das Saddam-Regime während mehr als einem Jahrzehnt Katz und Maus mit der UNO gespielt hatte und trotz wiederholter klarer UNO-Resolutionen den Beweis schuldig geblieben war, keine chemischen oder biologischen Waffen mehr zu produzieren und zu lagern. Anfang der Neunzigerjahre hatte Bagdad nachweislich Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung im Norden Iraks eingesetzt.

Terroranschläge

Auf sandigem Grund stand allerdings das Argument Washingtons, das Vorgehen gegen Irak richte sich auch gegen den internationalen Terrorismus. Die behaupteten Verbindungen zwischen dem Saddam-Regime und der Terrororganisation el-Kaida vermochte Washington nicht glaubhaft zu belegen. Dessen ungeachtet blieb der Terrorismus jedoch ein beunruhigendes Phänomen, mit dem die Welt und insbesondere die west-

liche Zivilisation zu rechnen haben.

Am 26. Oktober 2002 stürmten tschetschenische Extremisten ein Theaterzentrum in Moskau: Als eine russische Sonder Einheit 58 Stunden später zum Gegenschlag ausholte, kamen nicht nur die 50 Terroristen, sondern auch 119 der fast 800 Geiseln ums Leben. Die Russen leiteten überraschend Giftgas ins Theater; die Terroristen wurden mit gezielten Schüssen getötet. – Am 12. Oktober 2002 traf ein verheerender Terroranschlag die indonesische Insel Bali: Vor zwei Diskotheken an der Kuta Beach explodierte ein mit Sprengstoff gefülltes Auto. 190 Menschen starben in der Flammenhölle, mehr als 300 wurden verletzt, die meisten von ihnen junge Australier. Hinter dem Anschlag wurde die radikale Islamisten-Organisation Jemaah Islamiya vermutet. Dieser Gruppe werden Verbindungen zum el-Kaida-Netzwerk nachgesagt.

Die Handschrift der Organisation Osama bin Ladins trug auch ein Anschlag auf das Ferienhotel «Paradise» im kenianischen Mombasa am 28. November; 13 Menschen kamen ums Leben. Ein israelisches Charterflugzeug entging knapp einem versuchten Abschuss durch Terroristen. Dass mit islamistisch motivierten Terroranschlägen nach dem Irak-Krieg verstärkt gerechnet werden musste, offenbarten Anschläge in Riad (13. Mai, 29 Tote) und Casablanca (18. Mai, 28 Tote).

Unlösbarer Palästina-Konflikt

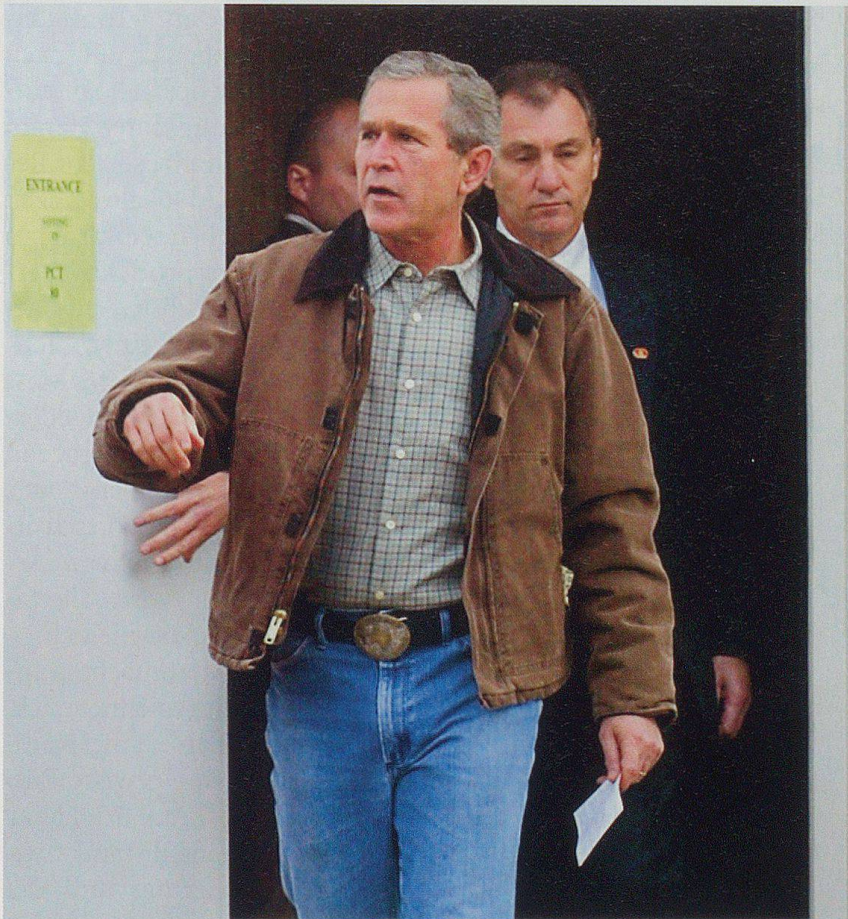
Terror und Gegenterror gehören in Israel und den besetzten Gebieten seit Beginn der Intifadah zum Alltag. Selbstmordanschlägen radikaler Palästinensergruppen folgen regelmässig Gegenschläge der Israelis. Wiederholt wurden das Westjordanland und der Gazastreifen abgeriegelt. Die Regierung Scharon machte Palästinenserführer Yassir Arafat direkt für die Anschläge verantwortlich und belagerte wochenlang seinen Amtssitz in Ramallah. Auch bei der US-Regierung verlor Arafat Glaubwürdigkeit und Kredit. Im März 2003 willigte der PLO-Chef in seine eigene Teilentmachtung ein, indem er das Amt des Ministerpräsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde schuf und mit Mahmud Abbas einen früheren Gefolgsmann berief. Nach mehrwöchigem Tauziehen um die Ministerliste wurde Abbas Ende April formell eingesetzt. Der rasche Sieg der USA im Irak-Krieg sorgte zwischen Israel und den Palästinensern endlich wieder für Bewegung. Ein vom Nahost-Quartett (USA, Russland, UNO, EU) entworfener Friedensplan, die so genannte «Road Map», welche die Schaffung eines souveränen Palästinenserstaates in drei Phasen bis 2005 vorsieht, wurde sowohl von Abbas wie von der israelischen Regierung akzeptiert. Anlässlich eines Dreiertreffens zwischen Bush, Scharon und Abbas am 2. Juni 2003 im jordanischen Akaba wurde

die «Road Map» besiegelt: Abbas erteilte dem Terrorismus eine unzweideutige Absage, während Scharon sich zur Räumung einzelner Siedlungen in den besetzten Gebieten verpflichtete. Die Reaktion der Extremisten folgte umgehend: Hamas, Jihad und al-Aksa-Brigaden quittierten die Erklärungen von Akaba mit neuen Terroranschlägen; Israel schlug hart zurück. Ein Ausweg aus der Spirale von Gewalt und Gegengewalt zeichnete sich trotz des verstärkten US-Engagements im Nahen Osten nicht ab.

Gestärkter US-Präsident

George W. Bush mochte in Europa und in der übrigen Welt noch so umstritten sein: Im eigenen Land erfreute sich der US-Präsident eines soliden Rückhalts. Aus den Kongresswahlen vom 6. November 2002 ging Bush, entgegen aller Tradition, gestärkt hervor. Die Republikanische Partei sicherte sich im Senat 51 von 100 Sitzen; im Repräsentantenhaus verfügte sie nun über 225 der 435 Mandate. Gestützt auf diese Mehrheiten gelang es Bush, ein Steuersenkungspaket in der Gesamthöhe von 350 Milliarden Dollar (für einen Zeitraum von zehn Jahren) durch den Kongress zu bringen.

In Deutschland sah es lange nach einem Regierungswechsel aus. Zwei Ereignisse kamen der rot-grünen Koalition jedoch zu Hilfe: Die Überschwemmungen entlang der Elbe, die insbesondere Sachsen mit der Landeshaupt-



In den Wahlen vom 6. November 2002 erringt die Republikanische Partei von US-Präsident George W. Bush (Bild: Wahllokal in Crawford, Texas) die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

stadt Dresden in Mitleidenschaft gezogen, und das US-Vorgehen gegen Irak, das Kanzler Gerhard Schröder dazu verleitete, gezielt antiamerikanische Ressentiments in der deutschen Bevölkerung zu schüren. Der Freude über den knappen Sieg von SPD und Grünen folgte jedoch rasch Ernüchterung: Die Wirtschaft lahmt, die Defizite des Bundeshaushalts nahmen zu, und die Perspektiven der deutschen Rentenversicherung riefen immer gebieterischer nach Reformen,

mit denen sich die Regierungskoalition spürbar schwer tat.

Auch Frankreich und Österreich kamen nicht um schmerzhaftes Rentenreformen herum. Gegen die von bürgerlichen Regierungen beschlossenen Rentenkürzungen und Verlängerungen der Lebensarbeitszeit gingen im Mai und Juni 2003 Hunderttausende auf die Strasse. In Italien gelang es der Regierungsmehrheit, ein umstrittenes Immunitätsgesetz durch das Parlament zu bringen, das den Minis-

terpräsidenten sowie Inhaber von Spitzenämtern während ihrer Amtszeit vor strafrechtlicher Verfolgung schützt. Neben anderen Korruptionsvorwürfen war Regierungschef Silvio Berlusconi mit einem Verfahren wegen Richterbestechung vor einem Mailänder Gericht konfrontiert.

«Zurück nach Europa»

Die Europäische Union kam auf dem Weg der Integration ein bedeutendes Stück voran: Im Dezember 2002 beschloss die EU die Aufnahme von acht mittel- und osteuropäischen Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) sowie von Malta und Zypern zum 1. Mai 2004. Sie machte damit den Weg frei für die bisher grösste Erweiterung in der Geschichte der EU. Die Bevölkerung der Kandidatenländer sagte ohne Ausnahme und mit deutlichen Mehrheiten Ja zum EU-Beitritt. Für die osteuropäischen Länder, die jahrzehntelang die von der Sowjetunion aufoktroyierte kommunistische Ordnung ertragen mussten, bedeutete die Aufnahme in die EU einen historischen Schritt «zurück nach Europa», wie sich der polnische Präsident Alexander Kwasniewski ausdrückte. Auch das Projekt für eine europäische Verfassung, das unter der Leitung des früheren französischen Präsidenten Giscard d'Estaing erarbeitet worden war, gelangte im Juni 2003 zu einem erfolgreichen Abschluss.



Rückkehr nach Europa: Der polnische Ministerpräsident Leszek Miller freut sich über das Resultat der Volksabstimmung über den EU-Beitritt vom 8. Juni 2003. 81 Prozent der Stimmenden haben ein Ja in die Urne geworfen.

Düster blieb die Situation in Afrika. Eine Vielzahl von Geiseln macht den Menschen auf dem schwarzen Kontinent zu schaffen: Armut, Unterentwicklung, Korruption, Aids und Bürgerkriege. Insbesondere in Liberia, Elfenbeinküste sowie in der Republik Kongo flossen Ströme von Blut. Zimbabwe, zu Beginn seiner Unabhängigkeit 1980 ein blühendes Land, wurde von Präsident Mugabe und seiner Machtclique immer tiefer ins wirtschaftliche Chaos getrieben. Einzig in Kenia zeichnete sich ein Lichtblick ab: Daniel Arap Moi, der das Land seit 1978 regiert und 1982 zu einem Einparteiensstaat gemacht hatte, trat

friedlich von der Bühne ab und übergab einem demokratisch gewählten Nachfolger, dem Oppositionspolitiker Mwai Kibaki, die Zügel.

Im Banne von Sars

In Asien verliefen die Entwicklungen von Region zu Region höchst unterschiedlich: Im Iran verschärften sich die Spannungen zwischen einer reaktionären islamischen Geistlichkeit und dem nach freiheitlicheren Zuständen dürstenden Bürgertum in den Städten. Gleichzeitig sorgte das iranische Nuklearprogramm weltweit für Befürchtungen, Teheran strebe den Bau ei-

ner Atombombe an. – In Afghanistan vermochte sich die nach der Vertreibung der Taliban eingesetzte Regierung unter Hamid Karzai nicht durchzusetzen: Regionalfürsten und lokale Milizen stellten die staatliche Autorität in Frage; die Opiumproduktion erreichte neue Höchstwerte. Afghanistan steckt in einem Teufelskreis: Ohne ein gewisses Mass an Sicherheit stockt der Wiederaufbau und bleiben dringend benötigte Investitionen aus. Ohne wirtschaftliche Fortschritte und die Schaffung von Arbeitsplätzen aber wird die Sicherheitslage prekär bleiben. – Zwischen den Atommächten Indien und Pakistan zeichnete sich, nicht zuletzt dank amerikanischem Druck, eine gewisse Entspannung ab. – Auf Sri Lanka hielt der Waffenstillstand zwischen der Regierung und der nach Unabhängigkeit strebenden Guerilla der LTTE. Mitte April 2003 zog sich die LTTE jedoch vom Verhandlungsprozess zurück. – In Indonesien kündigte die Regierung die Verhandlungen mit der Guerillabewegung in Aceh, im Norden der Insel Sumatra, auf und ging erneut militärisch gegen die Rebellen vor. – Auf der koreanischen Halbinsel spitzten sich die Spannungen zu, nachdem das kommunistische Regime im Norden sein geheimes Atomwaffenprogramm offengelegt und die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde aufgekündigt hatte.

Ein neuartiges Phänomen

überlagerte freilich alle andern Nachrichten aus Asien: die Lungenkrankheit Sars. Von Südchina aus breitete sich Sars nach Hongkong, Vietnam, Singapur, Taiwan und Kanada aus, bevor es dank weltweit koordiniertem Vorgehen durch die WHO gelang, die hoch ansteckende Krankheit einzudämmen. Die Schuld an der Ausbreitung trugen vor allem die chinesischen Behörden, die Sars nach den ersten Fällen im November 2002 monatelang totschwiegen. Bis Mitte Juni 2003 steckten sich mehr als 8500 Menschen mit dem Virus an; über 700 starben daran. Für China, das sich der Welt als aufstrebende und verlässliche Wirtschaftsmacht darzustellen beliebt, bedeutete Sars zumindest psychologisch einen erheblichen Rückschlag.



Bilder: Keystone

Chinesische Sicherheitskräfte schützen sich mit Gesichtsmasken gegen das Sars-Virus.

Innenpolitischer Rückblick

2002 und 2003 dürften eher als Jahre des Geldes denn als Jahre des Geistes in die Schweizer Geschichte eingehen. Die Wirtschaftslage wirkte sich auf die allgemeine Stimmung im Land aus; die Politik bewegte sich zunehmend im Banne fehlender Finanzen, und das Tauziehen um den Fluglärm-Staatsvertrag mit Deutschland offenbarte, wie isoliert die Schweiz heute in Europa ist. Erfreulicherweise vermochte die Expo.02 im Sommer 2002 einen Gegenakzent zu setzen.

Rund die Hälfte der Bevölkerung liess sich zu einem Besuch

der Landesausstellung motivieren. Und wenige verliessen die Expo.02 ohne bleibende Erinnerungen. Die Landesausstellung, die unter denkbar ungünstigen Vorzeichen geplant worden war, entpuppte sich wider Erwarten als ein Spiegel, in dem das Schweizer Volk sich selber erkannte. Sie strahlte eine Leichtigkeit des Seins aus, die wir uns kaum zugetraut hätten. Ohne jeden didaktischen Eifer zeigte die Expo.02 eine Schweiz im Aufbruch, die neugierig, weltoffen und tolerant ist und die trotz-

dem zu ihren Traditionen steht. Zum Erfolg der Expo trug entscheidend deren Einbettung in die Dreiseenlandschaft an der Nahtstelle zwischen Deutschschweiz und Romandie bei; die Expo sorgte damit auch für fruchtbare Begegnungen zwischen den Landesteilen. Ein Wermutstropfen blieb jedoch im Freudenbecher: Mindereinnahmen und fehlende Sponsorenbeiträge führten dazu, dass vom Gesamtbudget der Expo.02 von 1,6 Milliarden 928 Millionen am Bund hängen blieben.



Ohne jeden didaktischen Eifer zeigt die Expo.02 eine Schweiz im Aufbruch. Bild: die Arteplage Neuenburg.

Im Banne roter Zahlen

Nicht allein wegen der Expo verschlechterte sich die Finanzlage des Bundes 2002 dramatisch: Statt eines budgetierten Defizits von 300 Millionen Franken resultierte ein Fehlbetrag von über 3 Milliarden. Verantwortlich für den Absturz waren vor allem die auf die Wirtschaftsflaute zurückzuführenden Ertragsausfälle sowie Mehrausgaben im sozialen Bereich. Um den Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, legte der Bundesrat ein Entlastungsprogramm in der Gröszenordnung von 3,4 Milliarden

Franken pro Jahr vor. Von den düsteren Perspektiven des Bundeshaushalts liessen sich die eidgenössischen Räte indessen nicht abhalten, ein Steuersenkungspaket zu schnüren, das Bund und Kantone Ertragsausfälle von über 2 Milliarden pro Jahr beschere werden. Gegen Widerstand von links akzeptierte das Parlament die bundesrätlichen Vorschläge für einen Neuen Finanzausgleich, der eine klarere Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen – nach dem Motto: «Wer zahlt, befiehlt; wer befiehlt, zahlt» – bringen wird.

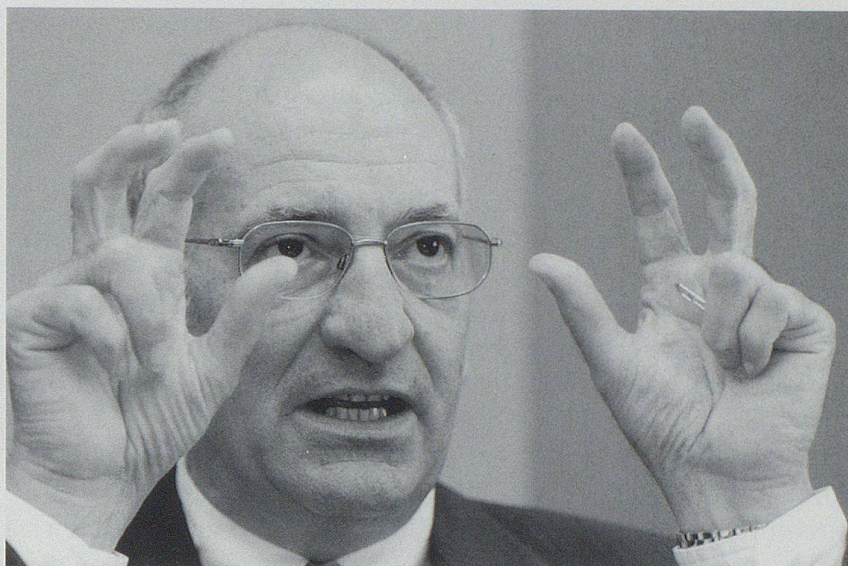
Verschlechterte Perspektiven

auch im Bereich der Sozialversicherungen. Die seit langem vorhergesagten Finanzierungslücken bei der AHV beginnen sich bemerkbar zu machen. Im Rahmen der 11. AHV-Revision reagierten Bundesrat und Parlament mit der Heraufsetzung des Frauen-Rentenalters auf 65 Jahre, nahmen aber entgegen ursprünglichen Plänen von einer grosszügigen Flexibilisierungsregelung Abstand. Mit der provokativen Forderung, das Rentenalter 2015 auf 66 und 2025 auf 67 Jahre anzuheben, lancierte Bundespräsident Couchepin Ende Mai 2003 eine intensiv geführte

Debatte um die Zukunft unserer Sozialwerke. Die demographischen Entwicklungen sind seit langem absehbar: Männer und Frauen dürfen nach Beruf und Erziehungsarbeit mit einer immer längeren dritten Lebensphase rechnen, während die Jahrgänge, die neu ins Erwerbsleben eintreten, zusehends kleiner werden. Frauen, die heute ihren 60. Geburtstag erreichen, leben im Durchschnitt weitere 24,6 Jahre, Männer noch 20,2 Jahre. Gemäss den vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung 2000–2060 wird die Altersgruppe der 65-Jährigen zwischen 2005 und 2035 je nach Szenario um 56 bis 73 Prozent zunehmen. Heute befindet sich ein Sechstel der Bevölkerung im Rentenalter. Ab 2035 ist gemäss dem Grundscenario jede vierte in der Schweiz lebende Person 65 Jahre oder älter.

Misstände und Korrekturen

In akuten finanziellen Problemen steckt die Invalidenversicherung: Seit 1990 sind die jährlichen Ausgaben von 4 auf über 10 Milliarden angestiegen. Hinter diesen nackten Zahlen verstecken sich nicht nur menschliche Notsituationen, sondern auch Missbräuche: In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten gehen offenbar immer mehr Unternehmen dazu über, Mitarbeiter auf Kosten der Invalidenversicherung zu entlassen oder in Frühpension zu schicken. Misstände



Bilder: Keystone

Bundespräsident Pascal Couchepin, seit Beginn des Jahres 2003 auch Sozialminister, scheut sich nicht, unpopuläre Themen wie das Rentenalter und Reformen im Gesundheitswesen zur Diskussion zu stellen.

verzeichnet auch die Berufsvorsorge: Weil sich zahlreiche Kassen allzu sehr auf den Börsenboom verlassen hatten, gerieten sie infolge der Flaute auf den Aktienmärkten in Schieflage. Nicht sehr glücklich operierte der Bundesrat in der Frage des BVG-Mindestzinssatzes: Die aufgrund der Marktlage fällige Senkung wurde so schlecht kommuniziert, dass sich daraus ein veritables Sommertheater entwickelte. Ungeachtet der Proteste von links musste der Mindestzinssatz von 4 auf 2 Prozent zurückgenommen werden.

Dass der Spielraum für neue staatliche Aufgaben eng geworden ist, verdeutlichte die Abstimmung vom 8. Mai 2003: Die Stimmberechtigten sagten Nein zu sämtlichen sieben Volksinitiativen, die ihnen unterbreitet wurden, insbesondere zur SP-

Gesundheitsinitiative, die das Kopfprämiensystem beseitigen wollte, zu zwei Initiativen, die den vorzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie bezweckten sowie zur Behinderten- und zur Lehrstelleninitiative. Gegen den Widerstand konservativer Kreise wurden hingegen die Reformen von Armee und Bevölkerungsschutz klar angenommen. Mit einer hauchdünnen Mehrheit verwarf das Schweizervolk am 24. November 2002 die Asylinitiative der SVP – ein Ausdruck verbreiteter Unzufriedenheit über Missbräuche im Asylwesen und ein Schuss vor den Bug des zuständigen Justiz- und Polizeidepartements. Klar akzeptiert wurde dagegen am selben Tag die Reform der Arbeitslosenversicherung, welche die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld von 520 auf 400 Tage verkürzt.

Wechsel im Bundesrat

Im Bundesrat kam es zu einem Wechsel: Die Sozialdemokratin Ruth Dreifuss trat auf das Jahresende 2002 aus der Landesregierung zurück. Als neue SP-Bundesrätin wählte die Bundesversammlung am 4. Dezember die Genfer Finanzdirektorin Micheline Calmy-Rey, die sich im fünften Wahlgang gegen die Freiburger Staatsrätin Ruth Lüthi durchsetzte. Calmy-Rey wurde das Aussenministerium zugeteilt; Joseph Deiss wechselte ins Volkswirtschaftsdepartement, und der bisherige Wirtschaftsminister Pascal Couchepin übernahm neu die Leitung des Departements des Innern. Couchepin liess von Anfang an keinen Zweifel, dass er die Akzente im Sozialbereich und im Gesundheitswesen anders zu

setzen gedachte als seine Vorgängerin. Deiss seinerseits konnte sich aus einem Departement verabschieden, dem er dank dem Beitritt der Schweiz zur UNO zu neuer Bedeutung verholfen hatte. Andererseits war das EDA wiederholt mit peinlichen Diplomatenaaffären in die Schlagzeilen geraten. Überaus kontrovers wurde in der Öffentlichkeit insbesondere die Entlassung des Schweizer Botschafters in Berlin, Thomas Borer, aufgenommen.

Micheline Calmy-Rey sorgte auf dem aussenpolitischen Parkett von Anfang an für Aufsehen: Mit unverblühten Äusserungen zur US-Politik gegenüber Irak, mit zwei improvisiert einberufenen humanitären Konferenzen sowie einer Reise ins kommunistische Nordkorea erntete sie Applaus und Kritik. Die entschei-

denden aussenpolitischen Herausforderungen für die Schweiz liegen indessen im Verhältnis zur Europäischen Union. Die zweite Runde der bilateralen Verhandlungen gestaltete sich schwieriger als erwartet: Zwar vermochten Brüssel und Bern im umstrittenen Dossier der Zinsbesteuerung eine Einigung herbeizuführen, die unserem Land das Festhalten am Bankgeheimnis ermöglicht. Hingegen bestanden beidseits grosse Hindernisse auf dem Weg zum wünschbaren Einbezug der Schweiz in die Abkommen von Schengen (polizeiliche Zusammenarbeit) und Dublin (Asyl).

Im Zeichen der grenzüberschreitenden Sicherheit stellte der G-8-Gipfel in Evian die Schweiz vor eine besondere Herausforderung. Dank einem beispiellosen Aufwand gelang es, die Sicherheit der auf dem Genfer Flughafen landenden Staats- und Regierungschefs nahtlos sicherzustellen. Auch die Kundgebung der G-8-Kritiker am 1. Juni 2003 in Genf verlief weitgehend friedlich; hingegen kam es am Rand zu Ausschreitungen und Gewaltakten gut organisierter Randalierer. Am Ende blieben offene Rechnungen, für die zunächst weder Genf noch der Bund aufkommen wollten.

Dramen in mehreren Akten

In den Beziehungen zu Deutschland, dem Haupthandelspartner der Schweiz, sorgte die Diskussion um den Flughafen Zürich-Kloten für Verstimmungen. Die



Bundesrätin Ruth Dreifuss kann sich nach ihrer Rücktrittserklärung am 30. September 2002 des Ansturms der Medien kaum erwehren.



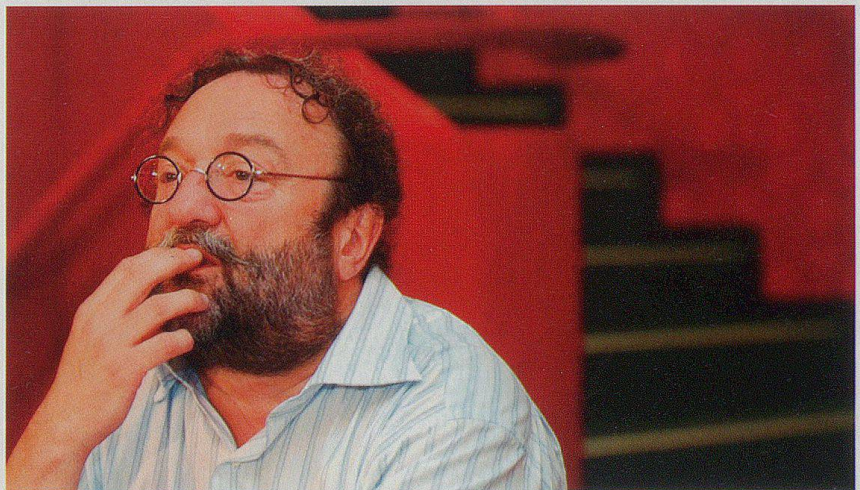
Die neue Schweizer Aussenministerin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, überschreitet am 20. Mai 2003, auf ihrer ersten grösseren Auslandsreise, bei Panmunjom die innerkoreanische Grenze.

eidgenössischen Räte lehnten es ab, den von Verkehrsminister Moritz Leuenberger ausgehandelten Fluglärm-Staatsvertrag zu ratifizieren. Aus schweizerischer Sicht wurde dieses Abkommen als diskriminierend empfunden, da keinem der deutschen Flughäfen ähnlich drastische Beschränkungen auferlegt worden waren. Deutschland machte seine Drohungen wahr und reagierte auf die Nicht-Ratifizierung mit einer noch restriktiveren Sonntags- und Nachtflugregelung, die bereits Mitte Juli 2003 in Kraft treten sollte. Die Schweiz focht diese einseitige Verordnung auf dem Gerichtsweg wie auch mit einer Beschwerde vor der EU-Kommission an.

Ein Drama in mehreren Akten erlebte die Schweiz auch in der Kulturpolitik. Christoph Mar-

thaler, europaweit anerkannter Theaterregisseur, hatte die Leitung des Zürcher Schauspielhauses im Jahr 2000 übernommen. Er verhalf der Pfauen-Bühne (und der Theater-Dépendance im Schiffsbau) zu neuem Re-

nommee, verscheuchte aber mit umstrittenen Produktionen wie «Hamlet» das heimische Stammpublikum. Die sich abzeichnenden Millionendefizite bewogen den Verwaltungsrat im Herbst 2002 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, Marthaler zu entlassen; Solidaritätsaktionen von Theaterfreunden veranlassten das Aufsichtsgremium jedoch kurz darauf zum Widerruf der Kündigung. Das bittere Ende folgte jedoch bereits am 17. Juni 2003: Marthaler und Chefdramaturgin Stefanie Carp gaben ihren vorzeitigen Abgang per Ende der Spielzeit 2003/2004 bekannt. Sie zeigten sich unfähig, bzw. nicht willens, ein Finanzloch von 1,7 Millionen Franken durch Sparmassnahmen wettzumachen. Dies bei einem Gesamtbudget des Schauspielhauses von 44 Millionen. Die Diskussion ums Geld überlagerte – typischerweise für Schweizer Verhältnisse – die Diskussion um den Geist.



Bilder: Keystone

Am 17. Juni 2003 gibt Christoph Marthaler seinen Rücktritt als Direktor des Zürcher Schauspielhauses auf Ende der Theatersaison 2003/2004 bekannt.